

## Entwurf

### **Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft über Direktzahlungen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik (Direktzahlungs-Verordnung 2015)**

Auf Grund der §§ 8 Abs. 2, 22 und 28 des Marktordnungsgesetzes 2007 (MOG 2007), BGBl. I Nr. 55, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 47/2014, wird verordnet:

#### **1. Abschnitt**

#### **Allgemeine Bestimmungen**

##### **Anwendungsbereich**

**§ 1.** (1) Diese Verordnung dient der Durchführung

1. der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 mit Vorschriften über Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 637/2008 und der Verordnung (EG) Nr. 73/2009, ABl. Nr. L 347 vom 20.12.2013 S. 608,
2. der delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 mit Vorschriften über Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Änderung des Anhangs X der genannten Verordnung, ABl. Nr. L 181 vom 20.6.2014 S. 1 und
3. der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 641/2014 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 mit Vorschriften über Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik, ABl. Nr. L 181 vom 20.6.2014 S. 74.

(2) Diese Verordnung dient der Gewährung

1. der Basisprämie,
2. der Zahlung für dem Klima- und Umweltschutz förderliche Landbewirtschaftungsmethoden („Öko-Zahlung“),
3. der Zahlung für Junglandwirte,
4. der fakultativen gekoppelten Stützung bei Beweidung von Almen sowie
5. der Zahlung an Kleinerzeuger.

##### **Mindestvorgaben zur Flächenbewirtschaftung**

**§ 2.** (1) Landwirtschaftliche Flächen sind durch spätestens jedes zweite Jahr durchgeführte Pflegemaßnahmen in einem zufriedenstellenden agronomischen Zustand zu erhalten und müssen über die Vegetationsperiode zumindest eine Begrünung aufweisen, soweit nicht aufgrund von naturschutzrechtlichen Vorgaben oder im Rahmen sonstiger vertraglicher Programme oder projektorientierter Vereinbarungen eine abweichende Vorgangsweise vorgesehen ist.

(2) Auf landwirtschaftlichen Flächen, die gemäß Art. 4 Abs. 1 lit. c sublit. iii der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 auf natürliche Weise in einem für die Beweidung oder den Anbau geeigneten Zustand gehalten werden, sind spätestens jedes zweite Jahr geeignete Pflegemaßnahmen, die eine Verbuschung, Verwaldung oder Verödung verhindern, durchzuführen, soweit nicht aufgrund von naturschutzrechtlichen

Vorgaben oder im Rahmen sonstiger vertraglicher Programme oder projektorientierter Vereinbarungen eine abweichende Vorgangsweise vorgesehen ist.

### **Niederwald mit Kurzumtrieb**

§ 3. Schnellwüchsige Forstgehölze im Kurzumtrieb gemäß Art. 4 Abs. 1 lit. k der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 sind ausschlagfähige Laubbäume der Arten von Weiden (*Salix* sp.), Pappeln (*Populus* sp.), Robinie (*Robinia pseudacacia*), Grauerle (*Alnus incana*), Schwarzerle (*Alnus glutinosa*), Esche (*Fraxinus*) und Birken (*Betula* sp.), die in kurzen Umtriebszeiten bis 20 Jahre bewirtschaftet werden können.

### **Nachweis des aktiven Betriebsinhabers**

§ 4. Der Nachweis durch in Art. 9 Abs. 2 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 genannte Personen, dass ihre landwirtschaftliche Tätigkeit nicht unwesentlich ist, ist anhand der im Steuerbescheid des letztverfügbaren Steuerjahrs ausgewiesenen Einkünfte aus Landwirtschaft zu führen.

## **2. Abschnitt**

### **Basisprämienregelung**

#### **Erstzuweisung von Zahlungsansprüchen**

§ 5. (1) Andere geeignete Beweise zum Beleg der landwirtschaftlichen Tätigkeit gemäß § 8a Abs. 1 Z 2 sind

1. die Ernte- und Erzeugungsmeldung für Wein des Jahres 2013 oder
2. Belege, anhand deren eine im Jahr 2013 erfolgte Vermarktung von auf selbst bewirtschafteten Flächen erzeugten landwirtschaftlichen Produkten oder gehaltenen Tieren einschließlich daraus gewonnener tierischer Produkte nachvollziehbar ist.

(2) Sind aufgrund eines Falls höherer Gewalt oder außergewöhnlicher Umstände die Direktzahlungen eines Betriebsinhabers im Jahr 2014 um mindestens 15 % und 500 € niedriger als die Direktzahlungen des Jahres 2013 oder des Jahres vor Auftreten des Falls höherer Gewalt oder außergewöhnlicher Umstände, so wird der ursprüngliche Einheitswert (§ 8 Abs. 5 MOG 2007) auf der Grundlage der Direktzahlungen, die der betreffende Betriebsinhaber im Jahr 2013 oder im Jahr vor Auftreten des Falls höherer Gewalt oder außergewöhnlicher Umstände erhalten hat, bestimmt.

(3) Mit dem Verkauf oder Verpachtung eines Betriebs bzw. Betriebsteils vor dem 15. Mai 2015 können die dem verkauften oder verpachteten Betrieb(steil) entsprechenden zuzuweisenden Zahlungsansprüche dem Käufer oder Pächter übertragen („private Vertragsklausel“). In diesem Fall beantragt der Käufer oder Pächter mittels eines von der AMA aufzulegenden Formblatts, aus dem auch das Einverständnis des Verkäufers oder Verpächters ersichtlich ist, die Zuweisung der von der privaten Vertragsklausel umfassten Zahlungsansprüche.

#### **Zuweisung von Zahlungsansprüchen aus der nationalen Reserve**

§ 6. (1) Die Zuweisung von Zahlungsansprüchen aus der nationalen Reserve ist mittels eines von der AMA aufzulegenden Formblatts bis spätestens 15. Mai des betreffenden Antragsjahres zu beantragen.

(2) Junglandwirte haben die Zuweisung im Rahmen der Zahlung für Junglandwirte gemäß Art. 50 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 zu beantragen.

(3) Die in § 8b Abs. 3 Z 1 MOG 2007 genannten Betriebsinhaber haben die Zuweisung gleichzeitig mit dem Mehrfachantrag, der unmittelbar auf den Wegfall der höheren Gewalt oder der außergewöhnlichen Umstände folgt, zu beantragen.

#### **Übertragung von Zahlungsansprüchen**

§ 7. (1) Anträge auf Übertragung von Zahlungsansprüchen sind zwischen 16. September und 15. Mai des jeweiligen Antragsjahres mit Wirksamkeit für das beginnende Antragsjahr mittels eines von der AMA aufzulegenden Formblatts anzuzeigen.

(2) Die Anzeige hat insbesondere zu enthalten:

1. Anzahl, Art und Wert der von der Übertragung erfassten Zahlungsansprüche einschließlich Identifizierungscode,
2. die Angabe, ob eine Übertragung von Zahlungsansprüchen in Verbindung mit einer beihilfefähigen Fläche oder in Form einer Übertragung ohne Fläche erfolgt, und
3. Angaben zur Identität des übertragenden und des übernehmenden Betriebsinhabers sowie deren Unterschriften.

(3) Übertragungen von Zahlungsansprüchen im Rahmen von Betriebsübertragungen sind unter Verwendung des von der AMA hierzu aufgelegten Formblatts jederzeit möglich. Die Frist zur Anzeige gemäß § 2 der Horizontalen GAP-Verordnung, BGBl. II Nr. xxx/2014, ist dabei zu beachten.

#### **Höhere Gewalt oder außergewöhnliche Umstände**

**§ 8.** (1) Als Fälle höherer Gewalt oder außergewöhnlicher Umstände können zusätzlich zu den in Art. 2 Abs. 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 über die Finanzierung, die Verwaltung und das Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 352/78, (EG) Nr. 165/94, (EG) Nr. 2799/98, (EG) Nr. 814/2000, (EG) Nr. 1290/2009 und (EG) Nr. 485/2008, ABl. Nr. L 347 vom 20.12.2013 S. 549, genannten Fällen und Umständen insbesondere auch

1. die dauerhafte Abtretung von mindestens 0,3 ha beihilfefähiger Fläche an die öffentliche Hand oder
2. die vorübergehende Grundinanspruchnahme von mindestens 0,3 ha beihilfefähiger Fläche im öffentlichen Interesse

anerkannt werden.

(2) Das Vorliegen eines Härtefalls oder eines außergewöhnlichen Umstands ist mittels eines von der AMA aufzulegenden Formblatts geltend zu machen und durch geeignete Unterlagen zu belegen.

### **3. Abschnitt**

#### **Ökozahlung**

##### **Dauergrünland**

**§ 9.** (1) Als umweltsensibles Dauergrünland, das gemäß Art. 45 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 nicht umgebrochen werden darf, sind folgende Lebensraumtypen gemäß Anhang I der Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, ABl. Nr. L 206 vom 22.7.1992 S. 7 anzusehen:

1. 1530 (pannonische Steppen und Salzwiesen)
2. 2340 (pannonische Binnendünen)
3. 5130 (Formationen von *Juniperus communis* auf Kalkheiden und –rasen)
4. 6130 (Schwermetallrasen)
5. 6170 (alpine und subalpine Kalkrasen)
6. 6210 (Verbuschungsstadien – Festuco-Brometalia)
7. 6230 (artenreiche montane Borstgrasrasen auf Silikatböden)
8. 6240 (subpannonische Steppen-Trockenrasen)
9. 6250 (subpannonische Steppen-Trockenrasen auf Löss)
10. 6260 (pannonische Steppen auf Sand)
11. 6410 (Pfeifengraswiesen)
12. 6440 (Brenndolden-Auenwiesen)
13. 6510 (magere Flachland-Mähwiesen)
14. 6520 (Berg-Mähwiesen)
15. 7230 (kalkreiche Niedermoore)

(2) Hat der Anteil an Dauergrünland um 3% abgenommen hat, informiert die AMA bis 31. Oktober auf der Homepage der AMA darüber. Jeder Betriebsinhaber, der im nächstfolgenden Kalenderjahr auf bisherigem Dauergrünland Ackerland beantragen will, hat vor Vornahme des Umbruchs bei der AMA die Bewilligung zum Dauergrünlandumbruch einzuholen.

(3) Hat der Anteil an Dauergrünland um mehr als 5% abgenommen, so sind die Flächen, auf denen in den vergangenen zwei Jahren Dauergrünland für andere Nutzungen umgebrochen wurde, wieder in Dauergrünland umzuwandeln. Die AMA informiert die Betriebsinhaber, die über derartige Flächen verfügen, von der Pflicht zur Wiederherstellung des Dauergrünlands.

##### **Flächennutzung im Umweltinteresse**

**§ 10.** (1) Als im Umweltinteresse gemäß Art. 46 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 genutzte Flächen sind anzusehen:

1. brachliegende Flächen,
2. im Rahmen von Cross Compliance geschützte Landschaftselemente,

3. Flächen mit Niederwald mit Kurzumtrieb gemäß Abs. 2,
4. Flächen mit Zwischenfrüchten gemäß Abs. 3 und
5. Flächen mit stickstoffbindenden Pflanzen gemäß Abs. 4.

(2) Die für Niederwald mit Kurzumtrieb verwendbaren heimischen Gehölzarten sind Arten von Weiden (*Salix* sp.), Pappeln (*Populus* sp.), Robinie (*Robinia pseudacacia*), Grauerle (*Alnus incana*), Schwarzerle (*Alnus glutinosa*), Esche (*Fraxinus*) und Birken (*Betula* sp.).

(3) Für Flächen mit Zwischenfrüchten sind folgende Bestimmungen einzuhalten:

1. Bei Aussaat einer Bienenmischung aus mindestens fünf insektenblütigen Mischungspartnern oder einer Aussaat von mindestens drei verschiedenen Mischungspartnern hat die Anlage spätestens am 31. Juli des Antragsjahres und darf der Umbruch frühestens am 15. Oktober des Antragsjahres erfolgen, sofern nachfolgend im Herbst Wintergetreide angebaut wird.
2. Erfolgt die Aussaat von mindestens drei verschiedenen Mischungspartnern spätestens am 20. August des Antragsjahres, darf der Umbruch frühestens am 15. November des Antragsjahres erfolgen.
3. Erfolgt die Aussaat von mindestens drei verschiedenen Mischungspartnern spätestens am 31. August des Antragsjahres, darf der Umbruch frühestens am 15. Februar des Folgejahres erfolgen.
4. Erfolgt die Aussaat von mindestens zwei verschiedenen Mischungspartnern spätestens am 20. September des Antragsjahres, darf der Umbruch frühestens am 1. März des Folgejahres erfolgen.
5. Die Aussaat von Grünschnittroggen im Sinne des Saatgutgesetzes 1997, BGBl. I Nr. 72/1997 (SaatG 1997), Pannonischer Wicke, Wintererbse im Sinne des SaatG 1997 oder Winterrüben hat spätestens am 15. Oktober des Antragsjahres und darf der Umbruch frühestens am 21. März des Folgejahres erfolgen.

(4) Als stickstoffbindende Pflanzen können

1. Ackerbohne – ausgenommen Anbau als Feldgemüse –,
2. Bitterlupinen,
3. Kichererbsen,
4. Körnererbse – ausgenommen Anbau als Feldgemüse –,
5. Kleearten,
6. Linsen,
7. Luzerne,
8. Platterbse,
9. Sojabohne,
10. Sommerwicken,
11. Süßlupinen und
12. Winterwicken

angebaut werden. Zur Verminderung des Risikos erhöhter Stickstoffvorräte sind nach dem Anbau der stickstoffbindenden Pflanzen geeignete produktionstechnische Maßnahmen, wie beispielsweise der Anbau einer nicht-legumen Winterung als Nachfrucht oder der Anbau einer Zwischenfruchtkultur ohne Leguminosenbestandteile, zu setzen. Der Anbaustandort ist unter Beachtung der landesrechtlichen Vorschriften zu Wasserschutz- und -schongebieten auszuwählen.

#### **Gleichwertige Methoden**

§ 11. (1) Die der Anbaudiversifizierung gemäß Art. 44 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 gleichwertige Methode ist die Einhaltung der Fruchtfolgeauflagen auf Ackerflächen im Rahmen der umweltgerechten und biodiversitätsfördernden Bewirtschaftung gemäß dem Programm für die ländliche Entwicklung in Österreich 2014-2020.

(2) Die der Flächennutzung im Umweltinteresse gemäß Art. 46 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 gleichwertige Methode ist die Anlage von Biodiversitätsflächen (einschließlich Bienenweide) auf Ackerflächen im Rahmen der umweltgerechten und biodiversitätsfördernden Bewirtschaftung gemäß dem Programm für die ländliche Entwicklung in Österreich 2014-2020.

## **4. Abschnitt**

### **Vorschriften zu sonstigen Zahlungen**

#### **Zahlung für Junglandwirte**

§ 12. Junglandwirte, die die Zahlung gemäß Art. 50 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 beantragen, müssen eine für die Bewirtschaftung des Betriebs geeignete Facharbeiterprüfung oder eine einschlägige höhere Ausbildung nachweisen.

#### **Fakultative gekoppelte Stützung**

§ 13. (1) Die fakultative gekoppelte Stützung kann nur für jene auf Almen aufgetriebenen Rinder, Schafe und Ziegen gewährt werden, die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1760/2000 zur Einführung eines Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Rinder und über die Etikettierung von Rindfleisch und Rindfleischerzeugnissen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 820/97, ABl. Nr. L 2004 vom 11.8.2000 S. 1, bzw. gemäß der Verordnung (EG) Nr. 21/2004 zur Einführung eines Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Schafen und Ziegen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 und der Richtlinien 92/102/EWG und 64/432/EWG, ABl. Nr. L 5 vom 9.1.2004 S. 8, gekennzeichnet und registriert sind.

(2) Die fakultative gekoppelte Stützung kann nur von Betriebsinhabern beantragt werden, die für die (anteiligen) Almflächen die Basisprämie beantragen.

(3) Die Angaben aus der elektronischen Datenbank für Rinder betreffend die Alm/Weidemeldungen für Rinder in Verbindung mit der Abgabe des Beihilfeantrags gemäß Art. 72 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 für das betreffende Kalenderjahr gelten als Antrag des Betriebsinhabers auf die gekoppelte Stützung für Rinder. Die gekoppelte Stützung für Schafe und Ziegen wird mit der Alm/Gemeinschaftsweide-Auftriebsliste, die zum Beihilfeantrag gemäß Art. 72 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 für das betreffende Kalenderjahr vorzulegen ist, beantragt.

(4) Die Tiere müssen mindestens 60 Tage auf der Alm gehalten werden. Die Haltedauer beginnt mit dem auf den Auftrieb folgenden Tag, jedoch höchstens 14 Tage vor Abgabe der Alm/Weidemeldung für Rinder oder der Alm/Gemeinschaftsweide-Auftriebsliste. Als Almen sind die im Beihilfeantrag des betreffenden Kalenderjahrs unter der Nutzung „Alm“ angemeldeten Flächen einer im Almkataster eingetragenen Alm zu verstehen.

(5) Die Berechnung des Alters erfolgt zum Stichtag 1. Juli des betreffenden Kalenderjahres. Als Mutterschafe bzw. Mutterziegen gelten weibliche Tiere, die zu diesem Stichtag mindestens 1 Jahr alt sind.

#### **Kleinerzeugerregelung**

§ 14. Die AMA hat bis zum 30. September 2015 allen Betriebsinhabern, die im Antragsjahr 2015 voraussichtlich bis zu 1 500 € Direktzahlungen erhalten, eine Schätzung des Zahlungsbetrags zu übermitteln.

## **5. Abschnitt**

### **Gemeinsame Bestimmungen**

#### **Aufbewahrungspflichten**

§ 15. (1) Der Betriebsinhaber hat die bei ihm verbleibenden Unterlagen, die er als Nachweis für das Vorliegen eines Härtefalls oder außergewöhnlichen Umstands geführt hat, oder sonstige für die Berechnung und Festsetzung von Zahlungsansprüchen sowie die Gewährung der Direktzahlungen maßgeblichen Belege mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes aufzubewahren.

(2) Der prämiengünstigte Betriebsinhaber hat die bei ihm verbleibenden Antrags- und Bewilligungsunterlagen, die Bestandsverzeichnisse sowie alle für die Prämiengewährung erheblichen sonstigen Belege mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes aufzubewahren.

(3) Die Frist beträgt, soweit nicht nach anderen Vorschriften längere Aufbewahrungsfristen bestehen, vier Jahre vom Ende des Kalenderjahres an, auf das sie sich beziehen.

#### **Schlussbestimmungen**

§ 16. (1) Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 2015 in Kraft.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Direktzahlungs-Verordnung, BGBl. II Nr. 491/2009, außer Kraft. Sie ist jedoch weiterhin auf Sachverhalte anwendbar, die sich bis einschließlich des Antragsjahres 2014 verwirklicht haben.